

blick nach

rechts

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7 611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 9, 4. Mai 2000

Einblicke

Hass und Hetze

Von Cornelia Sonntag-Wolgast

Junge Menschen laufen vielleicht eher Gefahr, ideologischen, vereinfachenden Parolen und deren Propagandisten zum Opfer zu fallen; zumal wenn diese Parolen mit dem Anspruch von Autorität verbreitet werden. Auf der Suche nach Identität brauchen Jugendliche Orientierung. Sie erfahren sie in erster Linie innerhalb der Familie, aber natürlich auch außerhalb, zum Beispiel in Freundes-Cliquen.

Auch rechte Cliquen bieten Orientierung, vermitteln Verhaltensregeln, deren Befolgung das Dazugehören garantiert. Skinhead-Musik und Hasslieder spielen dabei eine verheerende Rolle. Auch hier zielt Musik über den Bauch auf den Kopf, gerade deshalb können uns die Inhalte nicht gleichgültig sein. Die aggressiven, gewaltverherrlichenden und volksverhetzenden Texte der allermeisten Skinhead-Bands können rechtsextremistische Einstellungen prägen und verfestigen. Im Vorfeld rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Straftaten sind sie oft der Katalysator, wirken rauschhaft enthemmend. Das macht sie so gefährlich.

Seit 1995 hat sich die Zahl rechtsextremer Skinhead-Bands in Deutschland auf 100 verdoppelt. Diese Tendenz und die große Zahl der bei Hausdurchsuchungen in der rechten Szene beschlagnahmten CDs und Kassetten belegt die wachsende Nachfrage nach einer Musik, deren Merkmale Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Hass sind.

Diese Entwicklung begründet die Forderung, rechtsextremistische Skinhead-Konzerte zu verbieten. Das ist keine Lösung, sondern Teil der Bemühungen, Jugendliche aus gewaltbereiten Gruppen herauszulösen, ihnen andere, bessere Identifikationsangebote zu machen. Vom Kindergarten bis zum Ausbildungsplatz müssen Toleranz, Offenheit und Respekt gegenüber anderen Menschen vermittelt werden. Nur so kann es gelingen, die junge Generation für ein weltoffenes Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa zu gewinnen und zu begeistern.

Cornelia Sonntag-Wolgast ist Parlamentarische Staatssekretärin

Warnzeichen ignoriert

Seit rund einem Jahr ist die Erfurter Synagoge Objekt antisemitischer Provokationen. Besucher werden regelmäßig von Skinheads angepöbelt. **Seite 2 ■**

„Anti-Antifa“-Arbeit

Militante Neonazis bedrohen zunehmend engagierte Demokratinnen und Demokraten. **Seite 3 ■**

Jürgen Rüttgers Geister

Die Republikaner haben im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf die Parole „Kinder statt Inder“ übernommen. **Seite 4 ■**

Tiefflieger von rechts

Für die extreme Rechte ist die Bombardierung Dresdens vom Februar 1945 ein ständig willkommenes Agitationsthema. **Seite 5 ■**

Grundsatzdiskussionen

Der neurechte „Freundeskreis ‘Wir selbst’“ setzt sich mit dem Philosophen Peter Sloterdijk auseinander. **Seite 6 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Rechtes Auge blind**

Die Erfurter Synagoge stand schon länger im Visier der Neonazis. Die Behörden blieben trotzdem tatenlos.

Am Ostermontag kam die Erfolgsnachricht. Thüringens Innenminister Christian Köckert (CDU) konnte einen schnellen Fahndungserfolg präsentieren. Ein mutmaßlicher Verantwortlicher für den Anschlag auf die Erfurter Synagoge vier Tage zuvor war gefasst worden. Es handelt sich um den einschlägig vorbestraften 18-jährigen Andreas Jahn aus Gotha, Mitglied der NPD-Abspaltung Bund Deutscher Patrioten, der 1998 aus der NPD ausgeschlossen worden war. Auf dem Bekennerschreiben waren seine Fingerabdrücke gefunden worden. Mittlerweile konnten auch zwei 17- und 18-jährige Mittäter gefasst werden.

Das Bekennerschreiben scheint es trotz der Kargheit der wenigen Zeilen in sich zu haben. Denn es sei, so die Ermittlungsbehörden, „szeneuntypisch“. Gezeichnet war es mit „Heil Hitler“ und „Die Scheitelträger“. Beides spricht eigentlich nicht gegen Täter aus dem neonazistischen Umfeld. Auch die zeitliche Übereinstimmung mit dem 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, kann als entsprechendes Indiz gewertet werden. Trotzdem wurde der Presse vermittelt, die Behörden folgten der These, es könne sich um einen Anschlag von links handeln, der der Rechten in die Schuhe geschoben werden sollte. Für diese Vermutung sprach nichts außer dem Umstand, dass in Thüringen links und rechts von der Polizei und besonders dem Verfassungsschutz als grundsätzlich gleichartig angesehen werden, die Beobachtung der Linken im Zweifelsfalle stets als vordringlicher eingestuft wird.

Man hatte amtlicherseits wohl die peinlichen Fragen geahnt. Also wurde nach dem Motto „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf“ für die Medien eine falsche Fährte gelegt, an der sie sich abarbeiten konnten. Vorsichtig umschiffen wurden Nachfragen, warum denn die Synagoge zu diesem Datum nicht unter verstärkten Polizeischutz gestellt worden war. Hinweise darauf, dass die Synagoge und ihre Besucher bereits seit rund einem Jahr regelmäßig Objekt antisemitischer Provokationen durch neonazistische Skinheads sind, unterblieben ebenfalls. Pöbeleien und Bierbüchsenwürfe durch

Skins gegen die Gläubigen sind fast an der Tagesordnung. Mehrere Tage später fand die Polizei auf dem Dach der Synagoge einen zweiten Sprengsatz, der glücklicherweise nicht gezündet hatte.

Nach der Festnahme eines Tatverdächtigen gab sich Minister Köckert martialisch. Die Polizei werde nunmehr den Druck auf die rechte Szene steigern. Dieser müsse klar gemacht werden, dass für sie kein Platz in Thüringen sei. Diese Szene zeigt sich wenig beeindruckt. In der Nacht zum Ostermontag hetzten vier Jugendliche einen Türken durch das Zentrum von Erfurt und verprügelten ihn. Ein nahezu alltäglicher Vorgang, der regionalen Presse höchstens noch eine Kurzmeldung wert. Alltäglich auch, dass die reale Gewalt von rechts ergänzt wird durch eine angebliche Gefahr von links. So auch der Oberbürgermeister von Jena, einem Zentrum der Gewalt von rechts. Gegendemos seien gut gemeint. „Aber man muss aufpassen, dass sie nicht von Kräften missbraucht werden, die auf der linken Seite zu Gewalt aufrufen.“

Sehr glaubhaft sind Köckerts Drohungen, den Druck auf die extreme Rechte zu erhöhen, ohnehin nicht, denn diese konnte sich in Thüringen bislang relativ ungehindert austoben. Die Verantwortung dafür trifft weniger die Polizei als das skandalumwitterte Landesamt für Verfassungsschutz. Einem zentralen Skinhead-Konzert im vergangenen Herbst mit 1.000 Teilnehmern stand die Polizei machtlos gegenüber, da sie durch den Verfassungsschutz nicht informiert worden war. Der „Nachrichtendienst“, ein monatliches Mitteilungsblatt des Landesamtes, bringt zwar aus der Feder von Verfassungsschutzpräsident Roewer immer wieder Beiträge, die zum Teil als Sympathie für Positionen der extremen Rechten gewertet werden können, bietet aber über diese Rechte kaum mehr an Informationen als das, was bereits in der Presse zu lesen war.

Der thüringische PDS-Landtagsabgeordnete Steffen Dittes stellte Ende vergangenen Jahres einige Anfragen zu extrem rechten Gruppierungen. Mitte April gab es endlich Antworten. Sie lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Wir können nichts sagen, da man sonst weiß, was wir wissen und wie wir arbeiten. Doch auch ohne die gewünschten Auskünfte ist deutlich: Die neonazistisch orientierte Skin-Szene wächst stark und ist extrem gewaltbereit. Die Kader sammeln sich zunehmend in der NPD. Und nicht nur der zentralen Lage, auch dem fehlenden Verfolgungsdruck ist es geschuldet, dass Thüringen immer häufiger zum Anlaufpunkt für Skin-Konzerte wird.

Andreas P. Zaleshoff

Aktivitäten

„Anti-Antifa“-Arbeit

Militante Neonazis bedrohen ihre politischen Gegner. Auf einen IG-Metall-Funktionär wurde ein Kopfgeld ausgesetzt, mehrere Personen stehen unter Polizeischutz.

Die Neonazis blasen bundesweit zum feigen Angriff: Die Zahl der Bedrohungen von Journalisten, engagierten Politikern, Gewerkschaftsvertretern, Juristen und so weiter nimmt täglich zu. Anonym flattern Drohbriefe ins Haus, ist man Telefonterror ausgesetzt oder auch Anschlägen, die bisher noch kein Menschenleben gefordert haben wie ähnliche Attacken in Schweden. Die Betonung liegt allerdings auf „bisher“.

Oftmals lässt sich eine Kampagne vermuten. So war es im Zusammenhang mit der Gewährung von Kirchenasyl bei Pastor Harig in Lübeck, so sind es jetzt die Aktivitäten gegen die IG Metall in Elms-horn und dort speziell gegen den Kreis-Bevoll-mächtigten Uwe Zabel. Höhepunkt einer Kette von Neonazi-Machenschaften krimineller Art war jetzt die Morddrohung gegen Zabel. „10 000 Mark - tot oder lebendig war auf einem Transparent mit seinem Namenszug zu lesen, das Unbekannte an einer Autobahnbrücke befestigten. Ein weiteres Transparent trug die Aufschrift „Elmshorn macht Euch frei von Judentyrannie“. Im Haus der SPD-Bürgermeisterin Brigitte Frontzek - Schirmherrin des örtlichen Bündnisses gegen Neonazis in Elms-horn - ging eine Scheibe kaputt. Ermittler fanden anschließend Stahlkrampen vor ihrem Grundstück auf dem Boden. Die Farbanschläge gegen ihr Haus und das IG Metall-Büro in Elmshorn sind dagegen geradezu harmlos. Auch auf das DGB-Büro im benachbarten Pinneberg wurde ein Anschlag verübt.

Die Polizei nimmt die Vorfälle sehr ernst und ordnete Personenschutz an. Die IG Metall selbst stellt Zabel „Bodyguards“ zur Seite. In Sachen Mordaufruf gegen Zabel hat das den „Freien Nationalisten“ zuzurechnende Aktionsbüro Norddeutschland sich von der Aktion distanziert, wie auch das Neonazi-Blatt „Hamburger Sturm“. Dies passierte in Pressemitteilungen und via Nationalem Infotelefon. „Die Aussetzung von Kopfgeld ist nicht unser Stil“, heißt es lapidar von „Hamburger-Sturm“-Sprecher Andreas Heine. Das Aktionsbüro schreibt: „Ob-

gleich Zabel diesen Vorfall mit seinem Verhalten selbst heraufbeschworen hat, halten wir eine solche Aktion für überflüssig.“ Kenner der Rechtsextremisten-Szene halten solche Distanzierungen für nicht glaubhaft und nur taktischer Natur.

Die Hetze macht aber auch andernorts Schule: Sebastian Wertmüller, Göttinger DGB-Vorsitzender wurde in den Tagen des Jahreswechsels von der Polizei gewarnt: Briefbomben könnten zirkulieren. Andere antifaschistische Kräfte in Göttingen erhielten die gleiche Warnung. Bei Hausdurchsuchungen war die Polizei auf entsprechende Kenntnisse gestoßen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder der Name Stephan Pfingsten genannt - ein junger Weggefährte des Northeimer Neonazis Thorsten Heise.

In Gera steht der DGB-Bildungsjugendsekretär Sirko Matz im Visier der Rechten. Er bereitete eine Antifa-Demonstration im thüringischen Saalfeld mit vor und fand sein Konterfei jetzt als „Steckbrief“ im Internet wieder. In Neumünster zeigt Andrea Storke (Bündnis 90/Die Grünen) Flagge gegen den dort ansässigen norddeutschen Neonazi-Sammelpunkt „Club 88“. Sie wurde daraufhin an ihrem Arbeitsplatz bedroht, einen Farbanschlag gab es auch bei ihr zu Hause. Hartmut Hallwachs wettete als Kommunalpolitiker gegen ein „Blood & Honour“-Konzert in Klein Gladebrügge bei Bad Segeberg. Telefonische Beschimpfungen für ihn und seine Familie waren die Folge.

Im sächsischen Chemnitz ist der Oberbürgermeister Peter Seifert (SPD) in die Schusslinie geraten. Er legte sich bei einer Debatte im Stadtparlament mit dem einzigen Republikaner-Stadtrat Martin Kohlmann an. Neben Drohungen, die im Rathaus eingingen, wurde er vor seinem Haus von einem verummten Motorradfahrer beschimpft. Die Staatsanwaltschaft hat hier wie in allen anderen genannten Fällen die Ermittlungen aufgenommen.

Die „Anti-Antifa“-Arbeit der Rechtsextremen weitet sich jedenfalls aus. Dies erfuhren auch diverse PDS-Politiker. In Sachsen-Anhalt wurden Landtagsabgeordneten von der Polizei ihre Fotos vorgelegt, erstellt von Neonazis bei einer Anti-NPD-Demonstration in Magdeburg. Unter Polizeischutz steht auch Bodo Ramelow (PDS). Der thüringische Landtagsabgeordnete und ehemalige Gewerkschaftsfunktionär setzt sich für das Verbot des militanten „Thüringer Heimatschutzes“ ein, und das nicht erst seit dem Synagogen-Anschlag in Erfurt. Telefonterror gegen ihn war die Folge. *B. Ohne*

Aktivitäten**In Rüttgers Schatten**

Die Republikaner treten im nordrhein-westfälischen Wahlkampf mit der Parole „Kinder statt Inder“ an - illustriert durch das Foto eines deutschen Kindes im Sandkasten.

Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2000 haben insgesamt 28 Parteien und Wählervereinigungen Kandidaten aufgestellt, davon 20 mit Landesreserveliste. Ein großer Teil dieser Kandidaturen darf allerdings als rein symbolisch gewertet werden, da eine Partei nur dort auf dem Stimmzettel erscheint, wo sie Direktkandidaten aufstellt. Die NPD ist beispielsweise nur in elf Wahlkreisen vertreten, die Anhänger von Lyndon LaRouche (BüSo) in 27, Die Liste „Deutschland“ in vier, die strasseristische Unabhängige Arbeiterpartei in zwei, der Bund für Gesamtdeutschland und die Christliche Mitte jeweils in einem Wahlkreis.

Die einzige Gruppierung der extremen Rechten, die eine halbwegs flächendeckende Kandidatur zustande brachte, sind die Republikaner (REP). Sie sind in 132 von 151 Wahlkreisen mit Kandidaten vertreten. Wie so oft kam es bei der Sammlung von Unterstützerunterschriften durch die REP zu Unregelmäßigkeiten. In drei Wahlkreisen fiel dies auf. Der Landeswahlausschuss stellte am 13. April fest, dass Unterschriften gefälscht und Befragte über den Zweck der Unterschriften getäuscht wurden.

Diese Unprofessionalität verwundert nicht allzu sehr, machte doch der nordrhein-westfälische REP-Landesverband in den letzten Monaten einen äußerst desolaten Eindruck. Im Oktober 1999 hatte sich Burkhard Schmanck überraschend in einer Kampfabstimmung gegen die bisherige Vorsitzende Ursula Winkelsett durchgesetzt. Schon kurze Zeit später, am 27. Dezember, schmiss Schmanck das Handtuch und verließ sogar seine Partei, der er viele Jahre lang als Funktionär angehört hatte. Ein Anlass dürfte die Ernennung seiner Rivalin zur Wahlkampfleiterin gewesen sein. Es hagelte gegenseitige Vorwürfe. Schmanck unterstellte seinen Gegnern Nähe zur DVU, die konterten mit der Behauptung, er decke eine Kooperation mit der NPD.

Nach dem Ausscheiden Schmancks gingen die NRW-REP also ohne gewählten Vorsitzenden in

den Wahlkampf. Ursula Winkelsett dürfte das Amt derzeit kommissarisch verwalten. Die Internet-Homepage des Landesverbandes wurde im Februar das letzte Mal gewartet und vermeldet nicht einmal das Ausscheiden Schmancks.

Winkelsett gilt in der Partei als eine der letzten Getreuen des Bundesvorsitzenden Schlierer. Dieser wird seit seinem „Gespräch“ mit Gerhard Frey auch innerhalb der Republikaner von niemandem mehr ernst genommen. Ein Indiz für den Zustand der Partei ist beispielsweise eine Veranstaltung, die der einflussreiche Kreisverband Wiesbaden am 23. Januar dieses Jahres durchführte. Dabei traten neben anderen Horst Mahler und Franz Schönhuber auf. Ursula Winkelsett wurde zusammen mit dem ebenfalls Schlierer-treuen Parteivorstandsmitglied Johann Gärtner von den eigenen Leuten zwangsweise vor die Tür gesetzt.

■ Frau Winkelsett ist typisch deutsch ■

Wie bereits angedeutet, verzichtet der Landesverband in seinem Wahlkampf weitgehend auf Werbung über das Internet. Man setzt augenscheinlich auf traditionelle Mittel, vor allem auf Plakatwerbung. Neben der sattsam bekannten Aufforderung „Protest wählen“ findet man ein Plakat mit dem Portrait von Ursula Winkelsett. Überschrift: „Typisch DEUTSCH“. Frau Winkelsett trägt blondes Haar.

Die berühmte Parole des CDU-Landeschefs Jürgen Rüttgers „Kinder statt Inder“ hat die Republikaner so begeistert, dass sie sie wörtlich übernommen haben, illustriert durch ein Foto eines deutschen Kindes im Sandkasten.

Die Absicht ist leicht zu durchschauen: man will auf einer von der CDU entfachten Welle der Fremdenfeindlichkeit mitschwimmen und sich dem Wähler als konsequentere Variante anbieten.

Ein interessantes Detail noch am Rande (gesehen in Duisburg): die Republikaner verwenden in beträchtlichem Umfang eigene Dreiecksstände für ihre Plakatwerbung. Dabei kommt pikanterweise unter den REP-Plakaten Werbung der Freiheitlichen Partei Österreichs zum Vorschein, zum Beispiel für einen FPÖ-Kandidaten in Bregenz. Sollten da Haider-Anhänger ihren deutschen „Kameraden“ heimlich Wahlkampfhilfe geleistet haben?

Stefan Jacoby

Hintergrund

Tiefflieger von rechts

Bei einer Diskussion in städtischen Räumen über die Bombardierung Dresdens kam auch Manfred Roeder zu Wort.

„Ich weiß das, da mir das von Verwandten persönlich erzählt wurde.“ „Wo war das?“ „Na, an der Elbe.“ „Wo da?“ „Wie hieß der Ort gleich... mit...“ „Und wer hat Ihnen das erzählt?“ „Der Dings, der... Nein, die... Wie hieß die gleich noch mal.“ „Nennen wir sie Tante Lisbeth.“

Was sich liest wie aus einer Screwball-Komödie, entstammt einer Zeitzeugen-Befragung zum 13. und 14. Februar 1945 in Dresden. Die Befragung wurde am 18. April im Dresdner Stadtmuseum durchgeführt. Anlass war die Buchpräsentation „Tiefflieger über Dresden?“ des Koblenzer Historikers Helmut Schnatz. Seine durch intensive Recherche unterlegte These lautet: Es hat weder am 13. noch am 14. Februar einen Tiefflieger-Angriff gegeben. Die subjektiven Eindrücke, verstärkt durch oral history und eine bis heute andauernde Mystifizierung der Stadt, halten einer objektiven Überprüfung nicht stand.

Bereits nach der Veröffentlichung eines ersten Interviews Mitte Februar, das Buch war noch gar nicht erschienen, tobte es in den Leserbriefspalten. Der Geschichtsrevisionist David Irving, der die Opfer-Zahlen in seinem Dresden-Buch selbst schon lange korrigiert hat, wird in der Landeshauptstadt nach wie vor als Kronzeuge der Anklage gegen „alliierten Bombenterror“ herangezogen, so in einer vom Stadtmuseum herausgegebenen Buchreihe.

Zu der öffentlichen Präsentation des Buches nebst Diskussion hatte unter anderen der Böhlau-Verlag in das Stadtmuseum eingeladen. Im Vorfeld war vom NPD-Kreisverband Dresden dazu aufgerufen worden, die Veranstaltung massiv zu besuchen. Und so traf man fast alle wieder, die seit Wochen in der Stadt zum Beispiel mit den Demonstrationen zu revanchistischen Themen ihr Unwesen treiben. Mit einem Transparent bewehrte junge Männer vor dem Haupteingang, wo man auch gleich noch ein Flugblatt der „Unabhängigen Nachrichten“ („Alliierte Menschenjagd jetzt nur noch ein 'Mythos'“) erhielt. Die UN sind seit Jahren regelmäßig zum Februar-Gedenken vor Ort, wurden aber in letzter Zeit auch in Hausbriefkästen eines Stadtteils gefunden, in welchem ein Asylbewerberheim ein-

gerichtet wurde. Anwesend auch junge Kameraden, die vor einigen Wochen einen Vortrag zum Rechtsextremismus in der Begegnungsstätte für jüdische Kultur und Geschichte HATiKVA verhinderten und Ordnerdienste bei der Demonstration der „Interessengemeinschaft Wiedervereinigung Gesamtdeutschland e.V.“ am 25. März leisteten.

Diese Bekenntnisgeneration musste allerdings zum großen Teil vor der Tür bleiben und später in einen Biergarten ausweichen, da die Erlebnissgeneration den Saal schon lange vor Beginn der Veranstaltung gefüllt hatte. Einige schafften es aber doch noch, so der inzwischen als rechter Hansdampfingallengassen tätige Chef der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, Alexander Kleber. Oder der in Begleitung erscheinende NPD-Landeschef Winfried Petzold. Von einem jungen Kameraden, der sich später als Roman Töppl vorstellte, begleitet wurde Manfred Roeder.

Eine sich steigende Unruhe im Saal hielt die Einleitung auf dem Podium relativ kurz. Als erste Diskussionsredner referierten Manfred Roeder („bis zu 480 000 Toten“) und sein Beigänger unter Beifall, dass und warum Schnatz ein falsches Buch zu einem falschen Thema mit falschen Fakten geschrieben habe. Als daraufhin versucht wurde, dem Publikum darzulegen, wer Roeder ist, wurde dann zwar von seiner Person, nicht aber von seinen Thesen Abstand genommen. Und je mehr gegen Schnatz gepöbelt wurde („Märchenerzähler“, so ein Zwischenruf. „Das Buch einstampfen“, so Roeder.), desto größer war der Beifall. Dabei gaben die meisten Diskutanten an, das Buch weder gelesen zu haben, noch das je tun zu wollen. Wahre Ovationen gab es, als das Ressentiment sich vollends Bahn brach, „dass fremde Historiker, die gar nicht in unserer Heimatstadt zu Hause sind“ über Dresden schreiben und eine Reinwaschung der amerikanischen Kriegsverbrecher betrieben. Die „Süddeutsche Zeitung“ bewertete dies so: „Bis heute gelten - nicht nur in Dresden - Bemühungen um eine sachliche Darstellung der Tragödie als verdächtig. Wer beispielsweise, dies ist ein weiterer Streit, bei der Schätzung der Todesopfer nicht in die Hunderttausende geht, setzt sich dem Verdacht aus, er wolle das Grauen leugnen.“

Für Roeder, Kleber und Petzold, die nach der Veranstaltung den Abend im Café Germania beschlossen, dürfte diese schlecht vorbereitete und von scheinbar überforderten Personen ausgestaltete Veranstaltung in städtischen Räumen ein wahrer Triumph gewesen sein.

Lukas Kilian

Hintergrund**„Humanismuskritik“**

Ein „neu“rechter Diskussionszirkel setzt sich mit dem Philosophen Peter Sloterdijk auseinander.

Zwar ist die nationalrevolutionäre Zeitschrift „Wir selbst“ nicht von Koblenz nach Hamburg verzogen, sondern in das näher gelegene Schnellbach, doch die Hansestadt ist es, wo sich Ende vergangenen Jahres ein „Freundeskreis ‘Wir selbst’“ gebildet hat, der seitdem mehr oder weniger regelmäßig mit Veranstaltungen hervortritt.

„Wir selbst“, herausgegeben durch den ehemaligen JN- und späteren REP-Funktionär Siegfried Bublies, ist neben dem Hamburger „Jungen Forum“ das traditionsreichste Blatt der deutschen Nationalrevolutionäre. Der, so die Eigenwerbung, „einzige Ort, an dem links und rechts miteinander uneinig sein können“, feierte im vergangenen Herbst sein zwanzigjähriges Bestehen. Allerdings ohne die fällige Jubiläumsausgabe der Zeitschrift, denn man blieb auch in diesem Fall einer alten Tradition treu: das einzig regelmäßige an „Wir selbst“ ist die Unregelmäßigkeit. Ende April soll die überfällige Nummer nunmehr „definitiv“ erscheinen.

Auch eine neue Redaktion hat also nichts an den schlechten alten Gewohnheiten geändert. Allerdings hat der Umstand, dass mit Hanno Borchert und Ulrich Behrenz gleich zwei Mitglieder der aktuellen Redaktion in Hamburg ansässig sind, dazu geführt, dass der genannte Freundeskreis „Wir selbst“ nunmehr offenbar für gescheiterte Projekte in die Bresche springt. So haben zwar die Unabhängigen Ökologen ihre Aktivitäten auf Bundesebene faktisch eingestellt, doch der Landesverband Hamburg tritt regelmäßig als Mitveranstalter der Vorträge beim Freundeskreis auf. So auch im Februar, als das aus Sachsen stammende ehemalige DSU-Mitglied Baldur Jahn über den „Tendenzbetrieb ‘Junge Freiheit’“ berichtete. Man kennt sich noch aus den Zeiten des „Hamburger Kreises“, der früheren örtlichen Lesegemeinschaft dieses Blattes. Jahn hatte selbst bis Ende 1995 für diese Wochenzeitung geschrieben, die sich wegen ihres Schmusekurses gegenüber der CDU zunehmend den Zorn ihrer bisherigen Klientel zuzieht. Entsprechend kritisch fiel das Referat aus. Auch „Wir selbst“-Redakteur Borchert, immerhin außerdem

langjähriger JF-Mitarbeiter, tritt dort fast nur noch unter Pseudonym in Erscheinung.

Der umtriebige Borchert darf auch als treibender Kopf einer seit Dezember vergangenen Jahres laufenden Vortragsreihe des neuen Freundeskreises zu der umstrittenen Elmauer Rede des Philosophen Peter Sloterdijk gelten. Als vorläufiges Ergebnis liegt inzwischen der erste Teil eines Thesenpapiers vor, das verfasst worden ist von Lothar Penz, der bereits seit den sechziger Jahren in solidaristischen Zirkeln aktiv ist und noch heute eine führende Rolle bei der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft spielt. Penz hatte sich bereits in früheren Veröffentlichungen kritisch mit den „Endzeitphänomenen“ der Moderne auseinandergesetzt, als deren extremste und gefährlichste Ausformung er die Kritische Theorie der Frankfurter Schule ansieht.

Folgerichtig sind für Penz zunächst nicht die an Platon anknüpfenden Phantasien Sloterdijks über einen „Menschenpark“ und gentechnische Züchtung der Anknüpfungspunkt. Ihm fällt positiv auf, dass der Karlsruher Philosoph sich positiv an Heideggers Kritik des Anthropozentrismus orientiert, was ihn eindeutig als Dissidenten der Kritischen Theorie ausweise, die Penz als „Schlusslicht der aufklärerischen Moderne“ versteht. In der Berufung auf Heidegger, letztlich in der „Humanismuskritik“, sieht Penz das verbindende ideologische Moment zwischen seiner Strömung und Sloterdijk.

Penz interpretiert: „Kommunismus, Faschismus, Amerikanismus verkörpern hiernach jeweils ein ideologisches Menschenbild, welches einem Januskopf gleicht.“ Es handelt sich hier nicht lediglich um eine Erweiterung des Totalitarismusansatzes um den „Amerikanismus“, der wohl mit Liberalismus übersetzt werden kann, sondern um die Konstruktion gemeinsamer geistiger Wurzeln, die im Jakobinismus der Französischen Revolution zu finden seien und letztlich in einem sich auf die Vernunft gründenden Humanismus. „Die Militanz dieser Humanismen“, so fährt Penz fort, „gewährt brüderliche Menschlichkeit dem ideologisch Unterworfenen, dem Mitläufer, und vor allem dem Kollaborateur. Verfolgung und Ausgrenzung wird dem zuteil, der sich der ideologischen Gleichschaltung widersetzt.“

Der Haider- bleibt ebenso aus wie der Kohl-Effekt. Erfolge stehen nicht zu erwarten, Grundsatzdiskussionen sind wieder angesagt. Der „Freundeskreis ‘Wir selbst’“ wird nicht der letzte entsprechende Ansatz bleiben.

Jean Cremet

Aktivitäten**Braune Schnäppchen**

In mehreren Internet-Auktionshäusern werden rechte Devotionalien angeboten.

Die Staatsanwaltschaft Köln hatte im März ein Ermittlungsverfahren gegen eBay eingeleitet, nachdem auf der Domain indizierte und bundesweit beschlagnahmte Materialien aufgetaucht waren (s. BNR 4/00). Gegen andere Internet-Auktionshäuser gehe man jedoch zurzeit nicht vor, teilte die Kölner Behörde mit. Das Verfahren wurde inzwischen an die Staatsanwaltschaft Berlin abgegeben, wo die Deutschland-Zentrale von eBay ihren Sitz hat.

Beispiel eHammer: Nutzer dieses online-Unternehmens bieten unter anderem zwei bundesweit beschlagnahmte LP der 1994 aufgelösten Naziskin-Band „Störkraft“ (Andernach/Düsseldorf) an. Gegen Höchstgebot sind die Alben „Dreckig, Kahl und Hundsgemein“ und „Mann für Mann“ zu haben, die die Amtsgerichte Mayen und Halle wegen Volksverhetzung einziehen ließen. Selbst wenn der Anbieter die LP „nur an Sammler“, nicht an „Fascho-Deppen“ abgeben will, setzt er sich über das vollständige Vertriebsverbot hinweg.

Auch im Internet-Auktionshaus Ricardo ist „Störkraft“ im Angebot. Versteigert wird eine Sampler-CD, die neben der Neonazi-Band vom Rhein Songs von „Endstufe“ und „Kraftschlag“ umfasst. Der Anbieter möchte einen konspirativen Verkauf sicherstellen „Bei Interesse mailen. NICHT BIETEN!!!“, warnt er Gleichgesinnte.

Das Buch „Mord an Rudolf Heß?“ von Wolf Rüdiger Heß, das im rechtsextremistischen Starnberger Druffel-Verlag erschienen ist, zählt zur Palette der Auktionsseiten von „Yahoo! Deutschland“. Der Anbieter schließt sich den Legenden an („wird die Selbstmordtheorie überzeugend widerlegt“). Derselbe hat neben wenigen NS-kritischen Bänden eine Fülle von Devotionalien im Angebot, darunter Bücher von Goebbels und Rosenberg („Der Mythos des XX. Jahrhunderts“) sowie ein Album mit Hitler-Sammelbildern. Der Verkäufer ist bemüht, sich juristisch nicht angreifbar zu machen: Die Hakenkreuz-Armbinde auf einem Hitlerbild überdeckt er mit einem roten Punkt, übersieht jedoch, dass das Porträt an sich bereits strafbar sein kann. Zudem versieht er alle Angebote mit dem Alibi-Hinweis „Eine Beachtung der §§ 86 und 86a wird vorausgesetzt“.

Thomas Pfeiffer

Aktivitäten**Auf der Flucht**

Zu Gefängnisstrafen verurteilte österreichische Neonazis scheinen sich gerne rechtzeitig ins Ausland abzusetzen.

Karl Polacek, einst FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, hat sich dem Haftantritt einer 18-monatigen Freiheitsstrafe wegen NS-Wiederbetätigung entzogen und ist untergetaucht. Der gebürtige Wiener Polacek, der Anfang 1992 wegen latenter Gewaltbereitschaft von der Bundesrepublik ausgewiesen wurde, hatte in seinem Blatt „Braunauer Ausguck“, das zuletzt 1998 erschienen ist, die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich geleugnet und Gewalt verherrlicht. Die zuständigen Sicherheitsbehörden vermuten Polacek in Skandinavien.

Weiterhin flüchtig sind auch die Neonazis Albert Ewald Stieber und Christian Anderle.

Stieber, einst enger Gefolgsmann des nach Spanien untergetauchten Holocaust-Leugners Gerd Honzik und Autor in dessen Zeitschrift „Halt“, hält sich nach BNR-Recherchen in der norwegischen Stadt Königsberg auf. Gegen Stieber, der auch in der Adressenkartei der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF) aufgelistet ist, läuft ein Strafverfahren in Wien nach dem Verbotsgesetz. Er wird verdächtigt, das NS-Regime propagandistisch vorteilhaft darzustellen, die Existenz der Nazi-KZs zu leugnen und den „Anschluss“ Österreichs im März 1938 zu verherrlichen. Im Sommer 1999 trat Stieber als Schreiberling im Gästebuch des germanophilen Bund für deutsche Schrift und Sprache in Erscheinung.

Ebenfalls in der Adressenkartei der NF aufgeführt ist Christian Anderle. Anderle, der in Südafrika vermutet wird, nachdem er sich über längere Zeit in Schweden aufhielt, schändete zusammen mit seinem Schulkameraden Wolfgang Tomsits in der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober 1992 den jüdischen Friedhof in Eisenstadt. Nach dessen Verhaftung am 23. Juli 1996 tauchte Anderle unter. Anderle, wie Tomsits zeitweiliges Mitglied der FPÖ-Jugendorganisation Ring freier Jugend, war 1992 auch Gemeinderatskandidat der Freiheitlichen. 1996 wirkte er unter dem Pseudonym „Arisk“ als Autor im neonazistischen bundesdeutschen Mailbox-Verbund „Thule-Netz“. *Anton Maegerle*

Aus der Szene

HNG-Infos im Netz

Wieder im Internet ist das Mitteilungsblatt der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene, die „Nachrichten der HNG“. Diesmal jedoch nicht mehr als eine der Internet-Seiten unter dem Dach der mittlerweile der Vergangenheit angehörenden rechtsextremen „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), sondern mit einer eigenständigen Internetadresse. Angemeldet wurde die Seite von einer der Schlüsselfiguren vor allem der ostdeutschen Neonazi-Szene, dem Ex-Vorsitzenden der Neonazi-Gruppe Die Nationalen und jetzigem NPD-Vorstandsmitglied Frank Schwerdt. Als Adresse dient Schwerdt dabei sein Versandhandel „Vortrag-Buch-Reise-Verlag“ (VBR), über den er in der Vergangenheit auch CDs mit gewaltverherrlichenden Texten vertrieb. Der VBR wurde in den von Ronny Reimer, Aktivist der für die Hassliste „Der Wehrwolf“ verantwortlichen Gruppierung Anti-Antifa Kurpfalz, herausgebrachten Skinblättchen „Pfalzfront“ und „Süd-West-Wind“ als Kontaktdress für den Berliner Raum genannt.

Zu den zahlreichen Seiten der neuen Homepage der HNG-Nachrichten, für die – ebenso wie für die Printausgabe – der einschlägig bekannte Christian Wendt verantwortlich ist, gehört auch ein „elektronisches Printarchiv“ mit allen Ausgaben der HNG-Nachrichten ab Januar 1997; diese sind – mit Ausnahme der jeweiligen Gefangenenlisten – mit der Printausgabe identisch. Weiter beinhaltet die Internetpräsenz diverse Mitteilungen über Gerichtsurteile, Termine und aktuelle Meldungen. Wie in der Printausgabe werden Adressen anderer „Organisationen für nationale politische Gefangene“ aufgeführt, darunter die slowenischen Women for Aryan Unity oder das Consortium de Levensboom der als „Schwarze Witwe“ bekannten Nazi-Ikone Florentine Rost van Tonningen.

In der aktuellen Ausgabe findet sich auch ein Bericht über die jüngst stattgefundene HNG-Hauptversammlung in Fulda. Dort referierten neben anderen einschlägig bekannte Neonazis wie Friedhelm Busse und Dieter Riefling sowie der Rechtsanwalt Peter Stöckicht. Anwesend waren auch Annemarie Paulitsch von der selbsternannten Bürgerrechtsbewegung „Für unser Land“ um Horst Mahler sowie Mitglieder des Freien Mädelsbundes aus Bad Gandersheim.

Rudolf Kleinschmidt

Ausland

Rassist für immer

Anfang April verurteilte das Lausanner Bezirksgericht den Lausanner Altfaschist Gaston-Armand Amaudruz, inzwischen bald achtzigjährig, wegen rassistischer Hetze und Leugnung des Holocaust zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung (s. BNR 8/00). Ein folgerichtiger Schlusspunkt einer rechts-extremistischen Karriere. Amaudruz wurde von der Schweizer Bundespolizei bereits 1941 als Nationalsozialist betrachtet. Nach Kriegsende gehörte er zu den ersten Schweizer Rechtsextremisten, die sich wieder öffentlich betätigten. Bereits 1946 beteiligte er sich an der Gründung der Zeitschrift „Courrier du continent“. Seit 1951 veröffentlicht er dieses Blättchen als Alleinredakteur und Herausgeber, inzwischen sind rund 420 Nummern erschienen. Ebenfalls 1951 zählte er zu den Mitbegründern der Europäischen Neu-Ordnung (NEO), einem Zusammenschluss von Rassenisten und Nationalsozialisten aus mehreren europäischen Ländern. Der gelegentlich zerstrittene Diskussionszirkel, der mehrere rassistische Manifeste veröffentlichte, traf sich alle zwei bis drei Jahre zu Tagungen, letztmals 1991 im elsässischen Hagenau. In den 80er Jahren galt Amaudruz als Kopf der „Nationalen Koordination“, die sich als Dachorganisation der militanten Schweizer Rassenisten verstand.

Auslöser für das Gerichtsverfahren waren zwei Artikel, die Amaudruz im Frühling/Sommer 1995 im „Courrier du continent“ publizierte und worin er den Holocaust als „Mythos“ bezeichnete, beziehungsweise titelte „Ich glaube nicht an Gaskammern“. Weiter warf ihm der Staatsanwalt vor, er habe auch nach Inkrafttreten der Rassismus-Strafnorm holocaust-leugnende sowie rassistische Bücher vertrieben. Unmittelbar vor der Gerichtsverhandlung wiederholte Amaudruz im „Courrier du Continent“ seine Lügen, was dem einstigen Freund von Thies Christophersen eine Ausweitung der Anklage eintrug. Amaudruz hat bereits Berufung gegen seine Verurteilung eingelegt. Für die Berufungsverhandlungen muss er sich einen neuen amtlichen Verteidiger suchen, sofern die Justiz die Mandatniederlegung seines Rechtsbeistandes Patrick Richard genehmigt. Sein zurückhaltendes Auftreten hat Richard öffentliche Kritik von Schweizer Holocaust-Leugnern eingetragen. Als „erbärmlich schwach“ bezeichnet ihn ein „Xaver März“ (Pseudonym) auf der „Wilhelm Tell“-Site. *Hans Stutz*

Ausland**Der „arische Staat“****Ein Szenario für den zweiten amerikanischen Bürgerkrieg**

Unter amerikanischen Rechtsextremisten gewinnt ein Buch immer mehr an Beliebtheit: „Civil War Two. The Coming Breakup of Amerika“ von Thomas W. Chittum. Vor allem entschiedene Vertreter des Projekts „arische Revolution“ wie zum Beispiel Tom Metzger von White Aryan Resistance (WAR), oder auch Alex Curtis, Gründer des National Observer, sehen in Chittums Szenario eines in ethnische Gebiete auseinanderfallenden Amerikas einen unterstützenswerten Ansatz.

Vietnam-Veteran Chittum bezeichnet die USA als multiethnisches „Empire“, das aufgrund der demographischen Entwicklung entweder von der bald zur Minderheit degradierten weißen Bevölkerung nur noch als Polizeistaat aufrecht erhalten werden kann, oder, wahrscheinlicher, sich in kleine nach Rassen getrennte „Nationen“ fragmentieren wird. In Ermangelung einer verbindenden Sprache, Religion, Kultur oder Ethnizität sagt Chittum eine immer tiefere Spaltung der amerikanischen Gesellschaft voraus. Angefangen mit urbanen Unruhen werden so mit immer schwererer Bewaffnung „ethnische Milizen“ die Lunte für einen zweiten Bürgerkrieg legen, in dem die Polizei und das Militär immer mehr die Kontrolle verlieren und sich schließlich auf eine Seite schlagen müssen. Die in der amerikanischen Bevölkerung ohnehin mit sehr geringem Vertrauen ausgestattete US-Bundesregierung ist macht- und konzeptionslos.

In großen Details beschreibt Chittum, das die zweite amerikanische Revolution am wahrscheinlichsten in Südkalifornien ihren Anfang nehmen wird. Die massive legale und illegale Immigration von Hispaniern kommt nach Chittum einer „Reconquista“ gleich, einer Rückeroberung der ehemals spanisch-mexikanischen Gebiete. Der Druck auf die in eine Minderheitenrolle geratene weiße Bevölkerung müsse unweigerlich zu einem bewaffneten Konflikt führen.

Diese Vorhersagen sind Musik in den Ohren von amerikanischen Rechtsextremisten. Nachdem das Szenario einer „Arischen Revolution“ in dem zu Recht als Nazi-Bibel bezeichneten Roman „The Turner Diaries“ mehr und mehr als Utopie erkannt

wird, scheint ein Zerfall der USA wie ihn Chittum beschreibt, der einzige Weg, um an den so sehr gewünschten „arischen Staat“ zu kommen. Obwohl Thomas Chittum öffentlich als Anhänger des auf der extremen Rechten als Washington-Insider verpönten Pat Buchanan auftritt, bestehen keinerlei Berührungspunkte. So ruft Chittum im Internet-Forum von Alex Curtis unter dem Titel „Fuck the Empire“ dazu auf, zu handeln und damit der antizipierten und gewünschten zweiten Revolution nachzuhelfen. Er schreibt: „Ich habe mein Buch nicht geschrieben um das gloriose Empire zu retten. Ich habe mein Buch geschrieben um es zu töten und seine stinkende Leiche zu begraben“. Diese Einstellung deckt sich mit der vieler Rechtsextremisten und dementsprechend läuft der Verkauf des Buches, das per Internet bei Metzger (unter www.resist.com für \$15), Curtis (www.whiteracist.com, auch \$15) und anderen bestellt werden kann, hervorragend.

■ Weiße befreien sich von den Nicht-Weißen ■

Wie mittlerweile bei der amerikanischen extremen Rechten üblich, verfügt auch Chittum über eine extensive Seite im Internet. Unter www.civilwartwo.com findet sich ein Sammelsurium von Links und Beiträgen vor allem regierungsfeindlicher, aber auch rassistischer und antisemitischer Natur. Querverweise zu einschlägigen rechtsextremen Gruppen wie die National Alliance, American Renaissance, White Aryan Resistance, World Church of the Creator oder Nationalist Observer stehen neben Links zu ausgesuchten extrem-sezessionistischen Organisationen wie Nation of Islam, Nation of Atzlan oder Republic of Texas. Jede Abspaltungstendenz in den USA wird begrüßt und unterstützt.

Ein Blick auf die Seite des Internet-Buchhändlers www.amazon.com verrät, dass sich das Buch, das hier für sogar nur \$ 12,95 käuflich erworben werden kann, auch bei einer breiten Leserschaft Zustimmung auslöst. Unabhängig davon, wie realistisch Chittums Vorhersagen in Bezug auf die Zukunft der USA wirklich sind, es steht fest, dass sein Buch der extremen amerikanischen Rechten neues ideologisches Futter und Motivation gegeben hat. Chittum sagt: Amerika ist blutig geboren und wird blutig untergehen. In der ersten Revolution haben sich die Siedler von den Engländern befreit, in der zweiten Revolution werden sich die Weißen von den Nicht-Weißen befreien. *Thomas Grumke*

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 15-17/2000: Die JF präsentiert sich ab der Ausgabe 15/00 in einem neuen Outfit. Als neuer ständiger Kolumnist wird Carl Gustaf Ströhm, ehemaliger Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“, begrüßt. Neu hinzugekommen als JF-Autorin ist auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, die sich in ihrem Beitrag an dem Künstler Hans Haacke stößt. Der JF-Redaktion den Rücken gekehrt haben Gerhard Quast und Kai Guleikoff, wie mitgeteilt wird. 2000 neue Abonnenten sollen bis 30. Juni gewonnen werden, angeblich fehlen dazu aktuell noch 726 Abos. Chefredakteur Dieter Stein beklagt sich in der Folge-Ausgabe, dass zwei große Verlage die Schaltung von JF-Werbeanzeigen verweigert hätten, der JF mithin ein Millionenpublikum von Lesern verschlossen bliebe. Er ruft auf zum Widerstand „gegen diesen Samtpfoten-Totalitarismus“. Es sei „schändlich, wenn große Verlage einem links-extremen, antifaschistisch kostümierten Druck und einer ins totalitäre tendierenden Öffentlichkeit nachgeben“ (16/00). Ihr Fett ab kriegt wieder die Jewish Claims Conference, die im Begriff sei, „im Namen der Holocaust-Opfer einen deftigen Reibach zu machen - den wievielten wohl?“, so JF-Autor Ivan Denes. Groß berichtet wird über einen Besuch der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion in einer Moschee in Mannheim, der „positiv und konstruktiv“ aufgenommen worden sei (15/00). Werner Olles legt dem neuen Verfassungsschutz-Chef Heinz Fromm nahe, mit „Verve und Energie“ auch „den kriminellen Linksextremismus“ ins Visier zu nehmen. Hans-Hellmuth Knütter sieht die Notwendigkeit, in einem „alternativen Verfassungsschutzbericht“ die „extremistische Infiltration der etablierten Parteien und die linksextreme Unterwanderung der Gewerkschaften“ aufzulisten (16/00). Die JF begrüßt, dass die „Front der Haider-Feinde durch die Macht der politischen Zwänge“ bröckele, schließlich wisse auch Haider, dass ein Boykott letztendlich scheitern müsse. Im Bericht über das Urteil im Londoner Irving-Prozess wird angemerkt, dass die Gutachter der „nun triumphierenden Gegenseite“ jeweils 20.000 bis 109.000 britische Pfund kosteten; finanzielle Unterstützung hätten dabei der Jüdische Weltkongress und Steven Spielberg geleistet. Götz Kubitschek, informiert über die geplante Gründung eines „Instituts für Staatspolitik“ im Mai (17/00). (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 50. Jg., Heft 4/2000: Video-Sonderangebot: 99,- Deutsche Mark soll es den NE-Lesern wert sein, angeblich mehr über „Kohls Tricks“ zu erfahren - „Die Talfahrt des Euro - So hat er unsere D-Mark kaputtgemacht“ und „Die letzten Steueroasen in Europa. So funktionieren seine schwarzen Konten im Ausland“, zwei Produkte, die wie der Titel ausweist, mit Kohl nur indirekt zu tun haben. Ansonsten kommt die Kohl-Geschichte am Rande vor in einem Stück von Josef M. Rauenthal „Warum die Deutschen nicht revoltieren“. Der diagnostiziert die letztlich auch durch die „Krise der politischen Kaste“ nicht in Frage gestellte Stabilität des Systems, das erst erschüttert werde, wenn „Machtanwendung gegen 'Systemgegner' von den Anhängern der Etablierten immer weniger toleriert“ werde. Gemeint sind „drakonische Strafen“ gegen „politische Dissidenten“ - so macht er sich und der Rechten Mut. Wie man die Rolle der rechten Dissidenten stärkt, dafür hat Altmeister Schönhuber erneut einen Masterplan parat - bedeute doch der Fall Haider für die Euro-Rechte „ein Ende der Illusion“. Er habe gehofft, dass „faire und wohlwollende Äußerungen von jüdischer Seite, sei es von Ephraim Kishon oder Gerhard Löwenthal, einen Silberstreifen am düsteren Horizont der Stigmatisierung bedeuten könnten.“ Es sei aber ein Irrglaube gewesen. Sein Vorschlag: Definition des Hauptzieles gegen Amerikanisierung und die Maastricht-Verträge, alsdann ein Treffen aller europäischen Parteien in Wien; als guter Deutscher lässt er dort eine Kommission bilden und errichtet eine rechte Internationale (nach sozialistischem Muster), der Vorsitzende wechselt turnusmäßig. Reisen ist das Hauptziel neben Jugendaustausch. Auch dieser x-te Versuch ist nur eine Wiederauflage des Gehabten: „Die Utopie von heute kann die Realität von morgen sein“. Die Weichen in Richtung Einheit seien auch mit dem Aschermittwochtreffen der NE-Freunde (mit Mechttersheimer und Neubauer) in München gestellt worden. Unter dem (gelungenen) Titel „Indernet statt Internet“ problematisiert Neubauer die Green-Card-Initiative, nicht ohne Realitätsbezug wird die Misere der Akademikerarbeitslosigkeit beklagt. Ansonsten noch ein Nachklapp zu EU und Österreich. Dass der KFOR-Oberbefehlshaber Klaus Reinhardt Sohn des NS-Gauleiters und Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt ist, wird mit auf Vater und Sohn gleich verteiltem Lob gewürdigt. Eine Würdigung erfährt auch der verstorbene Werner Kuhnt (88), der von der Deutschen Partei über die Gesamtdeutsche Partei schließlich zur NPD ging. (khr)

Verfassungsschutz

Aktive Neonazis

Das Bild der Rechtsextremisten in Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von weiteren neu gegründeten sogenannten Kameradschaften und von einer weiterhin aktiven NPD. Das geht aus dem kürzlich vom Innenministerium in Schwerin vorgestellten Extremismusbericht für 1999 hervor.

Rückläufig ist die Zahl rechtsextremer Straftaten. Im Vergleich zu 1998 sank die Zahl von 303 auf 268. Die Zahl der Gewalttaten stieg allerdings von 51 auf 53, am bekanntesten war dabei der fremdenfeindliche Gewaltakt gegen zwei Vietnamesen in Eggesin, den sogar die Generalbundesanwaltschaft verfolgte. Als erfolgreich hat sich nach Ansicht von Innenminister Gottfried Timm (SPD) der sogenannte Konzert-Erlass aus seinem Hause erwiesen. Von 33 auf 12 ist die Zahl von rechten Musikveranstaltungen zurückgegangen. Sachsen-Anhalt und Thüringen haben im Übrigen inzwischen den „Konzert-Erlass“ aus Schwerin übernommen. Versand- und Vertriebsdienste mit rechtsgerichteter Ausrichtung sind in Boizenburg und Zarrentin ansässig, entsprechende „Szene-Läden“ gibt es in Anklam, Waren und Stralsund. Insgesamt wurden gleichbleibend 800 rechtsextremistische Skinheads gezählt, die Zahl von nicht Parteien zuzuordnenden Neonazis stieg von 250 auf 300. In dieses Spektrum fallen auch rund 49 dem Verfassungsschutz bekannte Kameradschaften. Als herausragend in ihrer neonazistischen Struktur werden dabei die „National-Germanische Bruderschaft“ (NGB) aus dem Landkreis Uecker-Randow sowie der „Nordische Kameradschaftsbund Ribnitz“ (NKR) namentlich benannt.

Die NPD konnte ihren 1998 erreichten organisatorischen und personellen Stand nicht behaupten, dennoch betreibt sie als einzige rechtsextreme Partei eine kontinuierliche politische Arbeit. Ihre Zahl reduzierte sich von 350 auf 300. Sie bringt es auf fünf arbeitsfähige Kreisverbände (Ludwigslust, Rostock/Bad Doberan, Greifswald, Stralsund und Neustrelitz). Elf Demonstrationen gab es 1999 landesweit, die von der NPD angemeldet wurden. Aktivitäten von DVU (200 Mitglieder) und Republikanern (100) wurden nicht wahrgenommen.

Erwähnung im Bericht findet auch der antisemitische Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer). Dieser startete in mehreren Städten eine Unterschriftenaktion zugunsten eines Volksbegehrens gegen die Rechtschreibreform.

B. Ohne

Demokratische Initiativen

Lernort Weimar

Seit dem vergangenen Herbst bietet die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte mitten in der historischen Altstadt im geschichtsträchtigen Weimar ein umfangreiches Programm vor allem, aber nicht nur, für Jugendliche. Schwerpunkte des Lernortes Weimar sind politische Bildung, interkulturelles Lernen sowie pädagogische Arbeit. Angeboten werden auch Workshops und Veranstaltungen zu Geschichte und Wirkung des Holocaust sowie zum historischen und aktuellen Rechtsextremismus. Die Veranstaltungen richten sich teils an Schüler, teils an Studierende, Eltern oder auch an Multiplikatoren. In Weimar kommen auch Jugendliche aus verschiedenen Ländern, beispielsweise aus Russland oder Bosnien mit deutschen Jugendlichen zusammen.

In der zweiten Maihälfte werden in Weimar unter anderem zweitägige Seminare zu den Themen: „Wandertag Buchenwald? Warum und wie kann ein Gedenkstättenbesuch stattfinden?“ sowie zum „Interkulturellen Lernen mit Hilfe von Fallstudien und dem ‘Kulturassimilator’“ veranstaltet. Vom 23. bis 25. Juni wird eine Fachtagung zum Thema Politische Bildung und Gedenkstättenarbeit abgehalten. Die Einrichtung verfügt außer über Seminar- und Kreativräume über 134 Betten in Zweif-, Drei- oder Vierbettzimmern.

J.G.

Detaillierte Informationen sind erhältlich unter: EJB Weimar, Jenaer Str. 2 - 4, 99423 Weimar. Tel.: 03643/827-0, Fax: 03643/827111, Mail: kontakt@ejbweimar.de; Internet: www.ejbweimar.de

Hinweis

Rostock - Die PDS lädt am 20. Mai zu einer Fachtagung unter dem Titel „Rechtsextremismus -reiner Männerwahn?“ nach Rostock ein. Dabei sollen die Rolle von Frauen im rechtsextremen Weltbild erörtert, ihre Funktionen und Aufgaben sichtbar gemacht werden. Aktivistinnen rechtsradikaler Prägung bewegen sich zum Teil in führenden Positionen. Exemplarisch genannt seien Ursula Müller (HNG-Vorsitzende), Thekla Kosche (Anti-Antifa/Bündnis Rechts Lübeck), Claudia Wiechmann (FDVP-Chefin im Landtag von Sachsen-Anhalt). Es referieren neben anderen Michaela Köttig (Kassel) und Christoph Butterwegge (Köln).

Anmeldung: PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, Domlatz 6-9, 39104 Magdeburg, Tel. 0171/5094400.

Bücherschau**Verdrängte Gräueltaten**

Die blutige Spur des Terrors der deutschen Nazi-Okkupationsmacht in den Jahren 1943 und 1944 zieht sich durch ganz Europa. Das tschechische Lidice und Oradour in Frankreich stehen als schaurige Symbole dafür. Weniger bekannt sind die serbischen Orte Kraljevo und Kragujavac sowie die griechischen Dörfer Distomo, Kommeno und Kalavryta. Ebenso wie Auschwitz das Synonym für die Judenvernichtung ist, sind diese Namen bleibende Erinnerungen an die Verbrechen der deutschen Besatzung in diesen Ländern.

Von den Massakern, die dort begangen wurden, handelt der Band, der nach einem internationalen Symposium zum Thema „Widerstand und Repressalie im Zweiten Weltkrieg“ in Athen entstand. Es ist ein gründliches und informatives, aber auch beschämendes Buch. Weil wir wieder einmal bemerken, wie wenig wir wussten.

Kalavryta war, schreibt Walter Manoschek in seinem Aufsatz, „kein einmaliges, tragisches Ereignis und kein isoliertes Verbrechen“, sondern „Resultat eines generellen politischen Konzepts der Wehrmacht auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz“, wie es auch von der mittlerweile auf Eis gelegten Wehrmachtausstellung dargestellt worden ist. Das Blutbad von Kalavryta wird als Teil einer systematischen Militär- und Repressionspolitik des Nazi-Regimes gegen die Zivilbevölkerung auf dem Balkan beschrieben.

Alle Beiträge in diesem Buch füllen Lücken unserer Schul- und Geschichtsbücher. Die Grundsatzbefehle für „Sühnemaßnahmen“, wie die Nazi-Militärs ihre willkürlichen Gemetzel beschönigend nannten, und die dahinter steckende Ideologie werden sezierend aufgedeckt, die Brutalität der Invasoren eindrucksvoll geschildert und mit ausführlich zitierten Wortlaut-Dokumenten belegt. Deren Terminologie ist so grausam wie ihre Taten. „Banditen“ und „Banden“ werden die Opfer des Terrors genannt, aber auch „verdächtig erscheinende“ Zivilisten oder „Bandenverdächtige“ werden konstruiert, um „Säuberungsaktionen“ oder „Sühneerschossene“ zu rechtfertigen. So heißt es in den teilweise nachträglich gefälschten „Gefechtsberichten“ der deutschen Militärbürokraten. Sie rechtfertigten ihre Befehle mit der Behauptung, auch im

Interesse der einheimischen Bevölkerung für Ruhe und Ordnung gesorgt zu haben, und mit besonderer Hinterhältigkeit der von ihnen verfolgten „Verdächtigen“, die keineswegs alle Partisanen waren.

Nicht weniger erschütternd als die hiervon handelnden Kapitel ist die systematische Begünstigung und Schonung der Täter durch die deutsche Justiz in den Nachkriegsjahren. Eberhard Rondholz zeichnet nach, welche Kniffe die Richter fanden, um die Verantwortlichen glimpflich davon kommen zu lassen. So wurden die Verjährungsfristen zu Gunsten der wenigen Angeklagten mit abenteuerlichen Begründungen herabgesetzt. „Von Rechtsfindung kann kaum die Rede sein, von Rechtsbeugung zu sprechen, wäre gewiss nicht übertrieben“, merkt Rondholz bitter an. Kriminalisiert wurden statt dessen die Widerstandskämpfer gegen die Hitlerdiktatur. Nur vier deutsche Kriegsverbrecher, die in Griechenland „Vergeltungsmaßnahmen“ befohlen, wurden zu nennenswerten Strafen verurteilt. Ihre Namen und ihre Gräueltaten wurden bei uns in Deutschland verschüttet. Kaum ein Hellas-Tourist weiß von den Verbrechen, die hier vor nicht allzu langer Zeit in deutschem Namen angerichtet wurden.

Den Griechen sind sie präsent. Erst vor kurzem hat das höchste griechische Gericht in einem Urteil Deutschland zu 55 Millionen Mark Kriegsschädigungen verurteilt, die an die Angehörigen und Nachkommen der beim Massaker am 10. Juni 1944 in dem böotischen Marktflecken Distomo 218 Ermordeten gezahlt werden müssten. Die Bundesregierung reagierte darauf „zurückhaltend“, wie die deutschen Nachrichtenagenturen wohlwollend formulieren. In Griechenland wird das als „abweisend“ verstanden.

Der Besuch von Bundespräsident Johannes Rau in dem Bergdorf Kalavryta auf dem Peloponnes, wo am 13. Dezember 1943 fast 700 Menschen umgebracht worden waren, hat das unterschlagene Kapitel deutscher Kriegsverbrechen auf dem Balkan und die Schonung der Verbrecher durch die Justiz wieder in den Blickpunkt gerückt. Für diese Geste ist ihm zu danken. Hoffentlich gelingt es ihm, wenigstens Verständnis für seine Idee von einer symbolischen Entschädigung zu wecken.

Helmut Lölhöff

Loukia Droulia/Hagen Fleischer (Hrsg.): Von Lidice nach Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror. Metropol Verlag Berlin, 1999. 295 Seiten, 34 Mark.

Bücherschau

Spendabler Diktator

Man sollte meinen, inzwischen sei nun wirklich alles untersucht und geschildert, was Hitler und sein Umfeld betrifft, seine Politik, sein Privatleben, seine Jugend in Wien, sein Tagesablauf und so weiter. Der Historiker Gerd R. Ueberschär sowie der Publizist und Militärexperte Winfried Vogel haben bewiesen, dass dem keineswegs so ist. Niemand ist offenbar bisher auf den Gedanken gekommen zu fragen, ob Hitler reich war, ob er einen Reptilienfonds hatte und was er mit dem Geld getan hat. Das vorliegende Buch ist eine wahre Quelle zu diesen Fragen, freilich keine erschöpfende. Das ist kein Vorwurf, keine Kritik, eher eine Anregung, der Frage nachzugehen, wie Hitler an die Millionen gekommen ist, die sich wie ein warmer Regen über seine „Eliten“ ergossen haben.

Man kommt aus dem Staunen nicht heraus. Selbst in schwierigsten Zeiten, etwa nach der Katastrophe von Stalingrad Anfang 1943 oder unmittelbar vor dem Ende der Diktatur, hatte der Tyrann Zeit, sich mit gewaltigen Dotationen für seine Minister, Staatssekretäre, Offiziere und Hofschranzen zu beschäftigen. Einige Beispiele mögen zeigen, wie das vor sich ging. Die Frage, ob eine solche Untersuchung wichtig ist, beantworteten die Autoren überzeugend so: „Denn dieser Personenkreis hat sich sehr gerne auf 'preußische Tugenden' wie Bescheidenheit, einfache Lebensführung, Unbestechlichkeit und ein besonders hochentwickeltes Ehrgefühl berufen.“ (S. 146). Andererseits: „Die Vergabe von Dotationen an einzelne Angehörige der Machtelite durch Hitler war Bestandteil der Ausnahmetatbestände und Willkürmaßnahmen des Regimes.“ (S. 191).

Von „Reichsmarschall“ Hermann Göring wusste jeder, dass er Reichtum hoch schätzte und ihn auch gern öffentlich zeigte. Propagandaminister Joseph Goebbels ließ sich zu seinen Geburtstagen besonders von der Filmindustrie mit Geschenken überhäufen. Aber der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel - den kannte man doch nur in der schlichten Uniform eines Soldaten. Reichswirtschaftsminister Walther Funk zeigte sich stets in schlichtem, unauffälligen Zivil. Der Chef der „Deutschen Arbeitsfront“, Robert Ley, war bekannt für seinen unersättlichen Sexualtrieb, darüber hinaus machte er aber stets einen schlichten Eindruck. Die Aufzählung könnte über viele Sei-

ten weiter gehen. Ueberschär und Vogel brauchten für ihren Text immerhin 195 Seiten.

Am 22. September 1942 wurde Keitel 60. Wegen der strategisch komplizierten Lage im Kaukasus konnte Hitler einen Scheck über 250.000 RDM nicht persönlich überreichen, schickte statt dessen einen langen Brief und eben den Scheck, um ihm „... bei der Gestaltung der Annehmlichkeiten Ihres privaten Lebens etwas behilflich zu sein.“ (S. 161). Keitel bedankte sich und fügte diesem Schreiben den Ausriss einer Landkarte bei. Auf ihr hatte er markiert, was er gern noch an Grund und Boden hätte, um das väterliche Gut zu vergrößern. Hitler stimmte zu. Keitel ging die bürokratische Abwicklung zu langsam. Außerdem erbat er, die Kosten für die Renovierung zu übernehmen. Auch diese in Höhe von 764.331 RDM wurden übernommen - im September 1944, also wenige Monate vor dem Ende der braunen Zeit. (S. 163)

Es mussten freilich nicht runde Geburtstage sein, um dotiert zu werden und Geschenke zu verlangen. Walther Funk, auch Präsident der Reichsbank, feierte am 18. August 1943 seinen 53. Geburtstag. Dazu hatten Göring, Goebbels sowie Industriebosse 520.000 RDM eingetrieben und ihm einen Bauernhof in Bayern schenken lassen. Als Hitler davon erfuhr, befahl er, die Spenden zurückzuzahlen, weil ein Reichsminister sich von der Industrie nichts schenken lassen dürfe, und schickte selbst Funk die 520.000 RDM. Besonders dreist führte sich Robert Ley auf. Er ließ durchblicken, gern eine höhere Dotation zu erhalten. Hitler reagierte „... in Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Gewinnung des deutschen Arbeiters“ mit einem Scheck über eine Million RDM.

So geht es Seite für Seite weiter, kaum ein Prominenter fehlt, wobei nicht alle Beschenkten am Galgen endeten. Wer überlebte und seine Memoiren schrieb, ging über diese Geschenke am liebsten schlicht hinweg. Und so konnten viele auch unter dem Schutz der Bundesrepublik den Reichtum genießen, den sie Hitler verdankten. Am längsten konnte sich Franz Schlegelberger des Wohlstandes erfreuen, einer der treuesten Juristen Hitlers. Zwar wurde er in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt, aber bereits 1951 wegen seiner angegriffenen Gesundheit entlassen. Danach dauerte es 19 Jahre, ehe er am 14. Dezember 1970 96-jährig in Flensburg verschied. (S. 126) *Heiner Lichtenstein*

Gerd R. Ueberschär/Winfried Vogel, Dienen und Verdienen, Hitlers Geschenke an seine Eliten, S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1999, 302 S., 44 Mark.

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - Der „Skingirl Freundeskreis Deutschland“ (SFD) sucht neuerdings auch im Internet nach „engagierten, gebildeten und stolzen Frauen“ mit „ernster nationaler Grundeinstellung“. Bisher ging der rund 50 Aktivistinnen starke SFD, der in der Neujahrsnacht 1990/91 in Berlin gegründet wurde und alljährlich drei bundesweite Treffen veranstaltet, in einschlägigen Blättern wie „Blood & Honour“ auf die Suche nach geeigneten Kameradinnen. Derzeit existieren beim SFD Interessengruppen unter anderem zu den Gebieten Brauchtum und Germanentum, Ernährung, Gefangenenhilfe, Mutter und Kind sowie Umweltschutz (Motto: „Naturschutz ist auch Heimatschutz!“). Auch bei der rechtsextremen Sanitärtruppe „Braunes Kreuz“ sind die Mädels vom SFD aktiv. Als Organ dient die Schrift „Walküre“.

■ **Dettingen** - Rund 800 Skinheads aus der Schweiz, Österreich, Italien und dem gesamten Bundesgebiet waren bei einem Skin-Konzert am 8. April im schwäbischen Dettingen/Erms zugegen. Es spielten neben anderen die Gruppen „Propaganda“ und „Radikahl“ auf. Organisatoren des Skinkonzertes waren ehemalige Mitglieder der 1994 verbotenen neonazistischen Gruppierung „Heimattreue Vereinigung Deutschland“ (HVD). Die Veranstaltung wurde vom „Nationalen Infotelefon“ des „Nationalen Widerstandes Karlsruhe“ als erfolgreiches „White-Power-Konzert“ gefeiert.

■ **Dorsten** - Gegen den NPD-Ortsverbandsvorsitzenden sowie weitere fünf Mitglieder beziehungsweise Sympathisanten der NPD im nordrhein-westfälischen Dorsten wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Den Rechtsextremisten im Alter von 21 bis 25 Jahren wird vorgeworfen, am 23. Dezember vergangenen Jahres in der Dorstener Innenstadt ein 17-jähriges Parteimitglied krankenhaushausreif geschlagen zu haben. Dabei eröffneten sie ihm, so berichteten die „Ruhr-Nachrichten“, dass er wegen einer von ihm begangenen Straftat nunmehr unehrenhaft aus der NPD entlassen sei. Der Vorsitzende selbst und drei weitere Täter befinden sich zurzeit in Untersuchungshaft. Gegen einen der mutmaßlichen Täter wurde der Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug gesetzt, ein Verdächtiger ist derzeit noch flüchtig.

■ **Dresden** - Der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold kündigt in der aktuellen Ausgabe der „Sachsenstimme“ einen Kurswechsel an, so sollten wieder verstärkt Demonstrationen durchgeführt werden. Petzold hält ferner Wahlen für ein ungeeignetes Mittel, um Veränderungen zu erreichen. Die NPD verstehe sich schließlich als „Kampf und Sammlungsbewegung aller nationalen Kräfte. Sie ist kein Wahlverein“, betonte Petzold. Aus „wahltaktischen Gründen“ habe die NPD in Sachsen keine Demonstrationen mehr durchgeführt. Bei den Landtagswahlen im vergangenen Oktober hatte die NPD ein Ergebnis von 1,4 Prozent erzielt. Petzold weist in seinem Beitrag auch auf die Bedeutung der freien Kameradschaften hin, die wichtige „Vorfeldorganisationen“ für die NPD darstellten. Der aktuelle sächsische Landesverfassungsschutzbericht attestiert der NPD einen deutlichen Mitgliederrückgang um knapp 30 Prozent von 1.400 auf rund 1.000 Mitstreiter.

■ **Düsseldorf** - Zu den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 14. Mai treten von den extrem rechten Parteien einzig die Republikaner nahezu flächendeckend in 132 von 151 Wahlkreisen an. Sie warten insgesamt mit 136 Kandidatinnen und Kandidaten auf. Platz 1 der Landesreserveliste belegt Uschi Winkelsett. Ihr folgen auf den vorderen Listenplätzen Ralf Goertz, Wolfgang Frieb-Preis, Wolfgang Pohlmann, Jürgen Heydrich, Volkmar Barth, Jürgen Krüger, Barbara Behrendt, Arnd Schubeus und Norbert Reckmann. Die NPD tritt mit elf Kandidaturen nur in einzelnen Wahlkreisen an: Sonja Braun, Stephan Haase, Ulrich Henn, Bruno Kirchner, Dieter Koch, Rita Maliszewski, Bernd Petermann, Timo Pradel, Marcus Spruck, Stephan Schroer und Dieter Schulz. Mit vier Wahlkreis-Kandidaten ist auch „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ dabei: Helmut Fleck, Dietmar Lothar Dander, Sascha Jörn Hansen und Eduard Janke. Der „Bund für Gesamtdeutschland“ kandidiert mit einer siebenköpfigen Landesliste: Bärbel Steininger, Jürgen-Peter Tessarz, Martha Denk, Lothar Bollwig, Ingetraut Jochim, Alfons Seelau und James Blochus. Auch die Unabhängige Arbeiterpartei tritt aus der Versenkung und in zwei Wahlkreisen an mit Ulrich Villmow und Rainer Weber.

■ **Freilassing** - Die von Rechtsextremisten wie Franz Schönhuber (Ex-REP-Bundesvorsitzender), Manfred Rouhs (Herausgeber von „Signal“) und Gert Sudholt (Inhaber der Verlagsgesellschaft Berg) getragene Initiative SOS Irak (s. BNR 16/1999) hat von April 1999 bis März 2000 einen Betrag von

DM 1.320,- Spenden von Gleichgesinnten aus der Bundesrepublik gesammelt. Gespundet hat neben anderen die Hamburger Burschenschaft Germania. Das Ergebnis aus Österreich liegt nach Angaben von SOS Irak-Sprecher Christian Rogler noch nicht vor. Die Summe soll den „Opfern des Hungerembargos der ‘westlich-demokratischen’ Völkermörder“ übergeben werden. Koordinator für die „Irak-Hilfsaktion“ ist der in Österreich lebende Iraker Abdul Jebara. Pressemeldungen zufolge war Jebara in den 70er und 80er Jahren der zentrale Verbindungsmann zwischen Geheimdienst und Regierung in Bagdad und dem Bundesnachrichtendienst und anderen Behörden.

■ **Hamburg/Leipzig** - Am 10./11.Juni findet auf dem Messegelände in Leipzig das diesjährige „Deutschlandtreffen“ der Landsmannschaft Ostpreußen (Bundesgeschäftsstelle: Hamburg) statt. Zur Mobilisierung der Mitglieder- und Anhängerschaft wurde auch in dem NPD-Bundesorgan „Deutsche Stimme“ in der April-Ausgabe eine Anzeige geschaltet.

■ **Lübeck** - Heftige Kritik äußert Dieter Kern (Lübeck), Vorsitzender des rechtsextremen Bündnis Rechts in Schleswig-Holstein an der Deutschen Aufbau-Organisation von Alfred Mechtersheimer (Starnberg). Deren Ziel ist es nach Eigenbekunden, „die Voraussetzungen für eine gemeinsame deutsche Partei des patriotischen Spektrums zu gestalten.“ Dazu Kern in einem Kommentar für das Infotelefon des BR: „Es muss hier zwangsläufig die Frage gestellt werden, warum sich die Initiatoren dieser sogenannten Aufbau-Organisation nicht dem Bemühen des Bündnis Rechts anschließen. Wenn man sich näher mit diesem Thema und mit den Initiatoren beschäftigt, kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass diese Aufbauorganisation in Wirklichkeit keine Plattform für alle Nationalisten bilden soll, sondern nur dazu dient, wieder einmal national gesinnte Bürger unter einem neuen Namen zu sammeln und ins Leere zu führen.“ Für Kern ist die „Glaubwürdigkeit dieses Vorhabens, aber auch die der Initiatoren“ daher „ernsthaft in Frage zu stellen.“

■ **München** - Eine Leserreise ins einstige Schlesien veranstaltet der FZ-Verlag / Deutsche Reisen vom 29. Juli bis 5. August. Der Verlag wird von Regine Frey geleitet, Geschäftsführer ist Gerhard Frey. Wie auch in den Jahren zuvor werden die Reiseiteilnehmerinnen und -teilnehmer vom Vorstand des Deutschen Freundeskreises (DFK) im polni-

schen Oppeln „empfangen und willkommen heißen“. Vorgesehen ist auch ein Referat „über die derzeitige Lage der hier verbliebenen Deutschen in ihrer angestammten Heimat“ (DFK Althaus). Auf dem Besichtigungsprogramm steht unter anderem das Kriegerdenkmal in Althaus, das mit Hilfe des von der „National-Zeitung“ gestifteten „Andreas-Hofer-Preises“ errichtet wurde. Die Deutschen Freundeskreise werden alljährlich sowohl vom Bundesinnenministerium als auch vom Auswärtigen Amt finanziell gesponsert.

■ **Neustadt-Glewe** - Das diesjährige Pressefest von „Signal - Das patriotische Magazin“ findet vom 24. bis 25. Juni in Neustadt-Glewe in Mecklenburg-Vorpommern statt. Redner sind neben Manfred Rouhs unter anderen Klaus Sojka (Ex-DVU-Spitzenfunktionär), Peter Dehoust (Mitherausgeber von „Nation&Europa“) und Claus Nordbruch (Statthalter der Deutschland-Bewegung in Südafrika). Für den Abend ist ein Konzert mit dem braunen Barden Frank Rennie vorgesehen.

■ **Siegen** - Zu den rechtsextremen Internetseiten hinzu gekommen ist der Domainnamen Anti-Antifa. Dahinter steckt jedoch keine neue Seite, sondern eine weitere Internetadresse für die Homepage der neonazistisch geprägten Skinheadgruppe „Siegener Bärensturm“, die als eng liiert mit der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) bekannt war. Verantwortlich für die Internetseiten des Siegener Bärensturms ist der frühere SAF-Aktivist Martin Scheele aus Siegen, der auch beide Internet-Namen angemeldet hat. Auf den Seiten des Siegener Bärensturms, laut Eigenbeschreibung die „Kameradschaft 2/130“ im „Nationalen Widerstand“, finden sich Demotermine, Kurzmitteilungen sowie Verweise auf weitere rechtsextreme Internetseiten, darunter andere Seiten des Nationalen Widerstandes ebenso wie zu den „Unabhängigen Nachrichten“ (UN), die nekrophil anmutende Michael Kühnen-Gedenkseite oder den Seiten von Horst Mahler. Weitere Seiten werden – wie auf zahlreichen anderen rechtsextremen Seiten – im Gästebuch beworben, das zudem zahlreiche nazistische, eindeutig strafbare Formulierungen aufweist.

■ **Stuttgart** - Rolf Schlierer, der Bundesvorsitzende der Republikaner, hat der baden-württembergischen Parteiführung mit Sanktionen gedroht, wenn der gegenwärtige interne Machtkampf nicht rasch beendet werde: „Ich werde dieser Eskalation von Auseinandersetzung nicht tatenlos zusehen können.“ In Betracht kämen auch Ordnungsmaß-

nahmen nach der Parteisatzung. Schlierer nahm damit Stellung auf Medienberichte über schwere Auseinandersetzungen in der baden-württembergischen REP-Führung. Anhaltend kritisiert wird hinter den Kulissen vor allem die Arbeit von REP-Landeschef Christian Käs, der die Partei weiter nach rechtsaußen öffnen will. Schlierer betonte: „Sollte ich den Eindruck gewinnen, dass Herr Käs die Situation nicht in den Griff kriegt - und manches scheint dafür zu sprechen - werde ich wohl nicht umhin kommen, ein Machtwort zu sprechen.“ Die Republikaner sind seit 1992 im Landtag von Baden-Württemberg vertreten. Die nächsten Wahlen finden im Frühjahr 2001 statt.

Ausland

■ **Italien (Rom)** - Bei den Wahlen am 16. April in 15 italienischen Regionen erzielte die postfaschistische Alleanza Nazionale ihre besten Ergebnisse in Lazio (23,1%), Marche (16,2%), Umbria (15,5%), Puglia (15,5%), Toscana (14,9%). Um die zehn Prozent und mehr lag sie in folgenden Regionen: Piemonte (11,9%), Liguria (10,2%), Emilia Romagna (11,4%), Abruzzo (12,8%), Campania (11,2%), Lombardia (9,7%), Veneto (9,8%), Molise (10,3%). Ihr schlechtestes Ergebnis holte sie in der Region Basilicata mit 6 Prozent. Der neofaschistische Movimento Sociale - Fiamma Tricolore kam in mehreren Regionen über ein Prozent: Abruzzo (1,3%), Basilicata (1,3%), Calabria (1,4%).

■ **Österreich (Salzburg)** - Christian Rogler, hat wie angekündigt (vgl. BNR 5/2000) nach der NPD-Demonstration am 12. März in Berlin, dem Tag des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich 1938, die Redaktion der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ verlassen. (In der April-Ausgabe ist er noch als Redaktionsmitglied aufgeführt.) In einem dem österreichischen Nachrichtenmagazin „Profil“ per E-Mail (23. April) übermittelten Schreiben distanziert sich Rogler nach der „Demo-Provokation“ mittlerweile von der NPD und will mit einer „wie auch immer gearteten Ausdehnung der NPD auf österreichisches Hoheitsgebiet“ nichts zu tun haben. Rogler, bei dem die Polizei im April eine Hausdurchsuchung durchführte, galt bis zuletzt als einer der aktivsten NPD-Anhänger in Österreich. So referierte er beispielsweise beim 33. Landesparteitag der bayerischen NPD am 10. Oktober 1999 in Huldissen bei Eggenfelden.

■ **Schweiz (Bern)** - Eine „Nationale Partei Schweiz“ (NPS), die sich rechts von den Schwei-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 09-2000 / Abo 5292719000
Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

zer Demokraten positioniert und als Vorbild die deutsche NPD hat, wurde am 16. April in Bern unter Führung des 24-jährigen David Mulas konstituiert. Angaben von Mulas, dessen Idol Rudolf Heß ist, zufolge hat die Partei bereits an die 60 Mitglieder beziehungsweise Anhänger. Ein für den 30. April im Hotel Kreuz in Bern geplanter Kongress, zu dem sich drei von NPD-Chef Udo Voigt benannte Repräsentanten der NPD angekündigt hatten, musste allerdings verschoben werden, da der Hotelbesitzer die NPS wieder auslud. Zu dem geplanten Kongress waren über 200 Rechtsextremisten, darunter Roger Wüthrich, Ex-Führer der Wiking-Jugend Schweiz und heute Kopf des völkisch-nationalistischen Zirkels „Avalon“, geladen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto